

Kurzmeldungen

Der Tourismusminister des SLORC, Generalleutnant Kyaw Ba, kündigte an, daß in **Burma weitere Hotels** mit internationalem Standard gebaut werden sollen. Im November unterzeichnete die Regierung einen Vertrag zum Bau eines großen Hotels in Rangun. Im Hinblick auf das von der Militärregierung ausgerufene "Visit Burma Year" 1995 wird auch die Dauer eines Visums von zwei auf vier Wochen verlängert. (FR 27.11.93)

Die Democratic Voice of Burma, die **Radio-Station** der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB), sendet seit Mitte Oktober aus **Norwegen auf Kurzwelle**, 25 Meter Band, 11720 kHz. Gesendet wird täglich von 14.30 bis 14.55 Uhr und von 21.00 bis 21.25 Uhr. (BBC 7.10.93)

Nur **28 Exilburmesen meldeten sich** bis Mitte September bei den **burmesischen Behörden**. Die Hoffnung, qualifiziertes Fachpersonal zurückzuholen, hat sich nicht erfüllt. Im Mai dieses Jahres hatte die burmesische Militärregierung Exilburmesen angeboten, ins Land zurückzukehren. (AFP 17.9.93)

U Hla Pe, Minister für Bildung und Information der Nationalen Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB), der seit einem Treffen in Bangkok am 16. Juni verschunden war, ist unter ungeklärten Umständen **ermordet worden**. (BNB September 1993)

Burma bemüht sich verstärkt um **Handelsbeziehungen mit Indonesien**. Der indonesische Staatsminister für Ernährung und der burmesische Handelsminister Tun Kyi haben Gespräche über den Austausch von Soja-Bohnen und Korn gegen Dünger geführt. Tun Kyi rief außerdem indonesische Geschäftsleute zu verstärkten Investitionen in Burma auf. (BBC 4.10.93)

Verlauf des Nationalkonvents

Der Nationalkonvent in Burma, der die Grundzüge einer neuen Verfassung ausarbeiten soll, ist nach der letzten Sitzung am 16. September auf den 17. Januar 1994 vertagt worden. Bei den Beratungen im Juni bis September wurden die grundlegenden Prinzipien des Staates festgelegt. Demnach soll Burma ein souveräner, unabhängiger Staat bei Inkrafttreten der Verfassung sein. Die administrative Aufgliederung Burmas in sieben Provinzen und sieben Staaten wird beibehalten. Allerdings werden die "Provinzen" in "Regionen" umbenannt. Für ethnische Minderheiten werden selbstverwaltete Gebiete eingerichtet, wenn es sich um Gebiete "angemessenen Umfangs" handelt, soweit es nicht schon bestehende Regionen oder Staaten sind.

Das Staatsoberhaupt ist der Präsident. In der Verfassung soll eine Gewaltenteilung

festgeschrieben sein. Die Legislative soll vom Unionsparlament und den Parlamenten der Regionen und Staaten ausgeübt werden. Der Exekutive wird der Präsident vorstehen. Vom Oberkommandierenden der Streitkräfte werden Angehörige der Streitkräfte benannt, die mit Angelegenheiten der Verteidigung, Sicherheit, Grenzgebietsverwaltung etc. befaßt werden sollen. Ansonsten wird die Exekutive in der selben Form ausgeübt, wie die Legislative. Die Judikative wird vom Obersten Gerichtshof und den obersten Gerichten der Regionen und Staaten ausgeübt.

Die Streitkräfte behalten sich das Recht vor, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Den ethnischen Minoritäten wird das Recht eingeräumt, ihre Sprache, Literatur und Kultur selbst zu entwickeln, der Staat soll sie dabei unterstützen. Es soll Religionsfrei-

heit herrschen, wobei dem Buddhismus eine besondere Stellung einberaumt wird.

Als Wirtschaftssystem wird die Marktwirtschaft angestrebt. Der Staat darf Unternehmen nicht verstaatlichen und Geld nicht entwerfen.

Im Falle eines Notstands hat der Oberkommandierende der Streitkräfte das Recht, die Staatsgewalt zu übernehmen, um einen Zerfall der Union, einen Zerfall der Solidarität oder den Verlust der nationalen Souveränität zu verhindern.

vgl. SOAA September 1993

- Anzeige -

Studentenführer freigelassen

Der Student Aung Din, einer der Anführer der Demokratiebewegung von 1988, ist laut Amnesty International (ai) Mitte dieses Jahres freigelassen worden. Aung Din war im April 1989 festgenommen worden, nachdem er einem Nachrichtenkorrespondenten ein Interview gegeben hatte. Der Menschenrechtsorganisation liegen jedoch zur Zeit keine Angaben vor, wie der Gesundheitszustand des 30jährigen ist. Aung Dins Bruder, Phon Shwe Lu, befindet sich laut ai immer noch in Haft.

Im Oktober hat Amnesty International in einem erneuten Bericht über Burma die massiven Menschenrechtsverletzungen kritisiert. In dem Bericht begrüßt ai zwar einige Schritte der Militärregierung, so z.B. die Freilassung von über 1700 politischen Gefangenen seit April 1992, ruft den Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) aber gleichzeitig auf, alle weiteren politischen Gefangenen freizulassen. Von den 1700 Freigelassenen seien Amnesty International nur 123 Namen mitgeteilt

worden und es würden sich vermutlich einige hundert weitere politische Gefangene, darunter 37 Mitglieder des 1990 gewählten Parlamentes, noch in Haft befinden.

Anderen Quellen des Burma Büros zu Folge, müssen die Freigelassenen eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichten, sich nicht mehr politisch zu betätigen.

Des weiteren kritisiert ai die andauernden Verletzungen der Menschenrechte wie Folter, Vergewaltigung, Zwangsrekrutierungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Hinrichtungen durch die Armee. Vor allem in den Gebieten der ethnischen Minderheiten seien die Menschen betroffen. Aufgrund des Widerstandes der Karen und anderer Minderheiten, müßten oft unschuldige Dorfbewohner unter den brutalen Übergriffen der burmesischen Armee leiden.

vgl. Amnesty International (Hrsg.), *The Climate of Fear Continues, Members of Ethnic Minorities and Political Prisoners Still Targeted*, Oktober 1993; RTR 7.10.93; AI-IN 12/93; eigene Quellen

Burma News Bulletin



Berichte und Nachrichten über
Politik
Minderheiten
Umwelt
Drogen
in Burma

außerdem
Veranstaltungen / Termine
Zeitschriften
Burma Archiv
Konferenzen
Rezensionen

erscheint vierteljährlich
Einzelpreis: 5,-
Jahresabo: 20,-
zu beziehen bei

Burma Büro
Josephinenstraße 71
44807 Bochum

Burma auf der UN- Generalversammlung

Auf der 48. Generalversammlung hat Ohn Gyaw, Außenminister der Regierung Myanmars, am 12. Oktober erklärt, daß in Burma politischer Fortschritt und ökonomische Entwicklungen voneinander abhängig seien und notwendig für das Staatswohl seien. Die Nationalversammlung, die er auf der letzten Sitzung der VN angekündigt hatte, tage seit Januar und spiele eine wichtige Rolle beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Die Delegierten hätten sich universell mit folgenden drei Zielsetzungen des Konvents einverstanden erklärt: 1. Wahrung der Prinzipien Erhalt der Union, Erhalt der nationalen Solidarität und Fortdauer der Souveränität; 2. Förderung der universellen Werte Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit; 3. die Mög-

lichkeit der Beteiligung der Tatmadaw (burmesische Armee) in einer führenden Rolle in der Nationalen Politik.

Des weiteren mache die Repatriierung der nach Bangladesch geflohenen Rohingya Fortschritte. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) sei über alle Maßnahmen informiert worden. Außerdem wertete Ohn Gyaw die Waffenstillstandsverhandlungen der Kachin Independence Organisation (KIO) als deren Rückkehr in die Legalität.

Die Nationale Koalitionsregierung der Union von Burma (NCGUB) kritisierte die Rede des burmesischen Außenministers. Sie hätte zum Ziel, die Internationale Gemeinschaft irreführen. In ihrer Erklärung widerlegte die NCGUB die Aussagen Ohn Gyaws. So hätten sich bei den Sitzungen des Nationalkonvents nicht alle mit der Zielsetzung der

Führungsrolle der Militärs in der Nationalen Politik einverstanden erklärt. An dem Nationalkonvent sei mehrfach Kritik von Mitgliedern der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) und der Shan National League for Democracy geäußert worden. Der Konvent selbst sei nicht demokratisch, da die NLD bei den Wahlen im Mai 1990 80 Prozent der Sitze gewonnen, nun aber nur mit 1,8 Prozent im Nationalkonvent vertreten sei.

Der Außenminister habe betont, daß die Repatriierung von Flüchtlingen im Westen des Landes angelaufen sei, gleichzeitig aber nicht erwähnt, daß zur Zeit ca. 1.000 Flüchtlinge täglich im Osten des Landes nach Thailand fliehen würden.

Rede des Außenministers Ohn Gyaw vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 12.10.93, Erklärung der National Coalition Government of the Union of Burma, 12.10.93

Flüchtlinge zurückgekehrt

Inzwischen sind mehr als 40.000 Flüchtlinge aus Bangladesch nach Burma zurückgekehrt. Der Botschafter Bangladeschs in Burma, Mostafa Faruque Mohammad erklärte, daß die Repatriierungsmaßnahmen, die im September letzten Jahres begonnen hatten, innerhalb der nächsten zwei Trockenzeiten beendet werden könnten. Insgesamt waren 1991 und 1992 nach Schätzungen fast 300.000 vorwiegend muslimische Menschen vor Repressalien und Verfolgung durch das burmesische Militär nach Bangladesch geflohen.

Der burmesische Außenminister Ohn Gyaw erklärte bei seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, daß sein Land ein "Memorandum des Verstehens" mit dem UNHCR unterzeichnet habe. Sadako Ogata, UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge, war Ende Juli erneut nach Rangun gereist, um mit dem Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) über die Aufsicht des UNHCR bei den Repatriierungsmaßnahmen zu verhandeln. Der SLORC weigert sich bisher beharrlich, die Rückkehr der Vertriebenen von Internationalen Organisationen überwachen zu lassen.

Thailändische Behörden haben die Ausweisung von 1000 Flüchtlingen angekündigt. Die Flüchtlinge, die der ethnischen Minderheit der Mon angehören, sollen bis Januar 1994 wieder auf burmesischer Seite angesiedelt werden. Auf burmesischer Seite erwartet die Flüchtlinge ein Armeecamp der Tatmadaw (burmesische Armee). Der Führer des Mon National Relief Committee (MNRC) fürchtet um das Leben der Menschen, falls die Ausweisung stattfinden sollte.

RTR 30.9.93, 4.10.93; AFP 2.10.93; BBC 1.10.93; Rede des Außenministers Ohn Gyaw vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, 12.10.93

UN-Menschenrechts- kommission in Burma

Eine dreiköpfige Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen bereiste Anfang November Burma, um sich ein Bild über die Situation der Bevölkerung zu machen. UN-Sonderberichterstatter Prof. Yozo Yokota erklärte kurz vor seinem Abflug in Rangun, es gebe ermutigende Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet; die Bürgerrechte seien aber weiter eingeschränkt. Als positive Entwicklungen seit

seiner ersten Reise im Dezember 1992, wertete der japanische Menschenrechtsexperte die Aufhebung der Ausgangssperre und des Kriegsrechts. Die Menschen in Burma sprächen offener mit Fremden. Yozo Yokota konnte diesmal zwei politische Gefangene besuchen. Seinen Aussagen nach sind Tin Oo und Aung Khin Sint in guter Verfassung. Ein Treffen mit Aung San Suu Kyi wurde ihm allerdings nicht gewährt.

Aung Khin Sint, ein bekannter Autor und gewählter Parlamentarier der National

League for Democracy (NLD), wurde im Juli/August aufgrund seiner Kritik am Nationalkonvent verhaftet und im Oktober oder November zu 20 Jahren Haft verurteilt. Die Verurteilung soll abschreckend auf Kritiker des seit Januar tagenden Nationalkonvents, der die Grundzüge einer neuen Verfassung ausarbeiten soll, wirken.

Tin Oo, seit 1989 in Haft, hatte mit Aung San Suu Kyi 1988 die Nationale Liga für Demokratie gegründet.

vgl. MDA 10.11.93, 16.11.93; AP 16.11.93; FEER 18.11.93

Kurzmeldungen

Im August wurde der **burmesische Botschafter in Thailand, U Phone Myint, abberufen**. Seine Amtszeit dauerte nur fünf Monate. Eine Begründung für die abrupte Beendigung seiner Amtszeit ist unbekannt. *(BA September 93)*

Im Gebiet der Karenni sind im Oktober **erneut Kämpfe** aufgeflammt. Soldaten der Karenni Army eröffneten das Feuer, als Angehörige der burmesischen Armee Reisfelder zerstörten. Acht Dorfbewohner wurden umgebracht, als sie versuchten, die burmesischen Soldaten an der Zerstörung zu hindern. *(IRRA No 3, Oktober 93)*

Burma scheint für ein **Wirtschaftswachstumsprojekt**, das ein Gebiet in Südchina, Laos, Burma und Thailand erschließen soll, noch nicht bereit zu sein. Burmesische Behörden im Shan-Staat haben die Vermessung von Landstraßen, die die für den Tourismus interessanten Städte Kengtung und Mandalay verbinden, durch eine thailändische Tourismusagentur aus Sicherheitsgründen abgelehnt. *(BPW 5.11.93)*

Burma, Thailand, China und Laos haben in New York ein Memorandum des Verstehens mit dem **UN-Programm zur internationalen Drogenkontrolle** (UNDCP) unterzeichnet. Die vier Länder wollen künftig auf Regierungsebene gegen Produktion, Handel und Mißbrauch von Drogen sowie die damit einhergehende HIV/Aids-Infektionsgefahr vorgehen. *(BPW 5.11.93)*

Die Demokratische Allianz Burma (DAB) wirft dem SLORC vor, bei den Erschließungsarbeiten einer Gas-Pipeline vom Golf von Martaban nach Thailand **Dorfbewohner als Zwangsarbeiter** zu mißbrauchen. Die DAB appellierte an die internationalen Firmen, die an dem Pipeline-Projekt beteiligt sind, sich daraus zurückzuziehen. *(BPW 22.10.93)*